

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Druckerei: Knechtel Dresden
Gesamtdruck-Nummern: 25241
Kurz für Nachdruck: Nr. 20011
Schulzeitung u. Hauptzeitung
Dresden - K. L. Knechtel Nr. 4/3

Wochenpreis für den Monat November 1.40 RM, einjährig 16.00 RM, halbjährig 8.50 RM, vierteljährig 4.50 RM, monatlich 1.40 RM, außerorts 1.60 RM, für Ausland 2.00 RM, Familien- und Vereinspreise ohne Rabatt 15 %, außerorts 20 %, die 90 mm breite Kleinzeile 100 Wg., außerorts 110 Wg., Offertengeld 30 Wg., Kuponhöhe 100 Wg.

Dresdner Verlag: Neufuss & Reichardt, Dresden, Wilschke-Platz 1, 1008 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachdr.) zulässig, unvollständige
Schulzeitung werden nicht ausbezahlt

Großes Rededuell im Reichstag

Verfehlte Polemik des Außenministers

Esser und Oberfohren verfehlen den Standpunkt der Regierung und der Opposition

(Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 29. Nov. Um den Gesamteindruck vorauszu-
schicken: Es war bedrückend, heute im Rahmen der großen
Aussprache über das Volksbegehren Zeuge einer Ministerrede
zu sein, die leider mit wirklichem Staatsmännlichem Geiste
nichts zu tun hat. Man wird vielleicht sagen können: Wer
so scharf angegriffen ist, wie die heutige Regierung als
Trägerin dessen, was mit Erfüllungspolitik bezeichnet wird,
dem wird man es vielleicht verzeihen können, wenn er
weniger zur Sache als gegen Personen spricht. Aber diese
Entschuldigung kann in diesem Falle nicht gelten, denn es
handelt sich heute um ein

außenpolitisches Vorgehen, dessen Gegenstand eine
Tributordnung ist, die Kinder und Kindeskinde
belasten wird.

Hier mußte der vielleicht persönlich beleidigte Parlamentarier
und Parteipolitiker zurücktreten, und hier hätte der Staats-
mann jenseits aller persönlichen Empfindlichkeiten und
Parteidürftigkeiten das Wort ergreifen müssen. Das Reichs-
außenminister Dr. Curtius, der zugleich seine Jungferrede
in seinem neuen Redort hielt, diese Verpflichtung nicht nur
nicht erkannt, sondern vielleicht bewußt in den Hintergrund
geschoben hat, ist

kein verheißungsvoller Kustalt für eine Minister-
laufbahn an so exponierter und für das Schicksal
Deutschlands schwerer Stelle.

Vielleicht ist ihm die Rede vom Kabinett vorgeschrieben
worden, vielleicht sind Fraktionsbindungen und sonstige
Gängelungen dabei mit im Spiele gewesen. Aber in Dr.
Curtius hätte sich der außenpolitische Instinkt dagegen wehren
müssen, als Parteiredner und Wortführer eines an sich doch
ziemlich kompromittierten Systems auf die Tribüne gestellt
zu werden. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, und der
Abg. Oberfohren hat dieses Problem dann auch, wenn auch
nur leicht, getrefft. Man hätte es ihm gern konzidiert, gegen
das Volksbegehren als solches, aber dessen Zweckmäßigkeit
die Meinungen beinahe ausschließlich sehr geteilt sind, zu dornern.
Man hätte es verstanden, wenn er dieses Mittel, 'as ja
immerhin in der Verfassung vorgelesen ist, in Grund und
Boden kritisiert hätte, aber

was man nicht verfehlen kann, ist, daß er dem ganzen
Problem keine außenpolitische Wendung gab.

Das ist für einen Außenminister immerhin ein bedenkliches
Zeichen. Man stelle sich vor, im Auftrag eines deutschen
Reichskabinetts hätte der Außenminister heute im Reichstage
gesagt: Wir lehnen das Volksbegehren als politisch un-
tragbar ab, aber wir bejahen den Welt des Selbst-
erhaltungswillens, der hinter ihm spürbar ist! Und wenn
Dr. Curtius, an unsere Gegner draußen gewandt, gesagt
hätte:

Seht die Verzweiflung und die Verzerrung in diesem
an sich so ordnungsliebenden und wohl auch wenig
politisch leidenschaftlichen Volk hat ein Ausmaß an-
genommen, daß man zu solchen großen Mitteln grei-
fen zu dürfen glaubt.

Die Verzerrung, die aus wirtschaftlicher Not, Ueberbesteue-
rung, nationaler Demütigung seit mehr als zehn Jahren zu
erkennen ist, wurde so groß, daß man hinsichtlich der Mittel
nicht mehr wählerisch ist, daß man einen kleinen Paragrafen
der Verfassung heranzieht und mit ihm Hoffnungen ver-
knüpft, die ja nicht eintreten können. Dr. Curtius hätte als
Außenminister heute die politische Welt davor warnen müssen,
solcher Bewegung letzter politischer Entschlossenheit weiterhin
durch Druck und eine Tributregelung, Nahrung zu geben,
die im Youngplan für uns sehr verankert werden soll, und
auch nach der Meinung der deutschen Regierenden viel zu
hohe Belastungen mit sich bringt. Diese staatspolitische Wen-
dung hat der neue Außenminister nicht gefunden.

Er hat auch nicht auf die sehr sehr inkontinentalen
Kasseler Fragen Dr. Dugensbergs, die den Youngplan
betrafen, geantwortet.

und es war auch nicht sonderlich glücklich von ihm, den
Führergebanen gegen den Volksbegehrenmechanismus aus-
zuspielen. Was würden unsere Regierenden sagen, wenn es
den vier Millionen, die für das Volksbegehren gestimmt
haben, plötzlich einfallen wäre, eine politische Aktion außer-
halb des Rahmens der Verfassung zu unternehmen. Dann
wäre wahrscheinlich das Geschäft noch viel größer geworden.
Da, wie gesagt, in der Ministerrede alle staatspolitischen
Gesichtspunkte außer acht gelassen wurden, war schließlich das
Niveau der heutigen Reichstagsdebatte entscheidend bestimmt:

Verärgert, wie die Regierungserklärung, klagen
auch die Erklärungen der Koalitionsparteien. Kein
wirklich überragender Gedanke war darin zu finden.
Die Grammophonplatten der ministeriellen Rundfunk-
redner rollten vor einer wenig aufmerksamen Zuhörerschaft
ab. Erst als der deutsch-nationale Redner, der als ruhig und
sachlich bekannte Dr. Oberfohren, die Tribüne betrat, wurde
es ein wenig lebhafter. Die Aufgabe war für den Redner
schwerlich nicht leicht. Aber wie er sie löste, ohne Entsetzungen
in der Form und ohne rhetorische Kniffe, einfach und ehrlich,
das konnte keine Wirkung schließlich nicht verfehlen.

Das Gesetz war gedacht als eine außenpolitische An-
gelegenheit, so unerlässlich es der Redner, nun hat man
einen innerpolitischen Jank daraus gemacht.
Keine vorausschauende Außenpolitik war da, die es ver-
standen hätte, die Opposition zu einem Instrument ihrer Be-
strebungen zu machen. Auch war Dr. Oberfohren der einzige
Redner des heutigen Tages, der wirklich zur Sache, um
die es geht, zum Youngplan gesprochen hat, und es wurde
im Plenum nicht angenehm empfunden, als er auf die
Pariser Sachverständigenverhandlungen zurückgriff und dabei
auch den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zitierte. Ein-
drucksvoll zum Schluß waren Dr. Oberfohrens Feststellungen,
daß es

noch immer Minderheiten gewesen seien, die das Schicksal
einer Nation bestimmen können.

Der dachte in diesem Augenblick nicht an das zahlenmäßig
so unbedeutende Grüppchen der französischen Nationalisten um
Barres, und die anderen, die im Zeichen der ruhenden Wider-
stände ihrem Staat das Siegel und schließlich auch den Sieg
aufgedrückt haben.

Es folgt der wirtschaftsparteiliche Redner Dr. Bredt,
der zwar das Volksbegehren verurteilte, die Stellungnahme
seiner Partei zum Youngplan aber offen ließ. Dann folgte
der sächsische Nationalsozialist Dr. Feder mit einer leiden-
schaftlichen Rede, und damit war eigentlich die erste Sitzung
im wesentlichen vorüber, denn was der Kommunist Becker zu
erzählen mußte, ist für Druckerchwärze und Papier zu schade.

Nach einmal erhält dann die Debatte eine Tendenz nach
oben. Der deutsch-nationale Abgeordnete v. Prentsch-
Voringhausen bepricht teils die juristische, teils die ver-
fassungsmäßige Seite der Volksbegehrenaktion und beleuchtet
treffend die Art und Weise, wie bisher die Kriegsschuldfrage
amtlich behandelt worden, d. h. wie sie

sämtliche Wiedereinreden dann später aus Gründen
der Opportunität verbarmt
worden sind. Der christlich-nationale Bauernabgeordnete
Döhrich beschließt zusammen mit dem Auswärtigen Dr. Veit
den Reigen der heutigen Diskussionsredner.

Da rheinische Abgeordnete den Wunsch geäußert hatten,
an den Verteilungsfeiern im Rheinland teilzunehmen, hat
der Kellnerrat beschlossen, die Sonnabend-Sitzung schon um
10 Uhr beginnen zu lassen, damit die Sitzung am frühen
Nachmittag beendet werden kann. Außerdem hat der
Kellnerrat noch beschlossen, in der nächsten Woche den Frei-
tag und Sonnabend, sowie dann auch den darauf folgenden
Montag von Plenarsitzungen freizuhalten.

(Sitzungsbericht siehe Seite 2)

Trost für den Besiegten

Der russisch-chinesische Krieg ist beendet. China hat
kapituliert. In „Fern-Ost“ wird bis auf weiteres wieder
Ruhe herrschen. Rußland ist Triumphtor in der Man-
dschurei und wird wieder Herr der ostchinesischen Eisenbahn.
Vielleicht schlägt es in den Friedensverhandlungen noch
einige weitere Vorteile für sich heraus. Aber im großen
ganzen ist dieser Fall erledigt. Der rückschauenden Betrach-
tung bleibt nur noch die Frage: Wie kam es zu diesem
blutigen Konflikt, bei dem nach russischen Heeresberichten
Zehntausende von Chinesen, darunter sehr viele Zivilisten,
niedergemetzelt wurden? Wir erinnern uns, es war am
11. Juli dieses Jahres. Da überraschte das soeben notdürftig
geeinte China die Welt mit der Nachricht, es habe den sowjet-
russischen Leiter der Ltsbahn und andere hohe russische Be-
amte verhaftet und an die russische Grenze gebracht. Es gab
damit zu verstehen, diese Bahn solle in Zukunft unter die
Oberhoheit des Reiches der Mitte kommen. Die Sowjet-
russen taten gewaltig entrüstet. Das ist verständlich; denn die
Bahn ist die kürzeste Verbindung zu Rußlands östlichem
Hafen Vladivostok. Sie hat nur den einen Nachteil, sie
geht mitten durch die Mandschurei, also durch chinesisches Ge-
biet. Aber was kümmert das die Russen. Zwar ist die Bahn
von der alten imperialistischen Zarenregierung gebaut und
dem schwachen China ohne viel Federlesens aufgedrungen
worden. Daraus können jedoch nach russischer Ansicht nur
ganz westfremde Ideologen folgern, es erwache jetzt dem
roten Väterchen Stalin die stillische Pflicht, die Bahn
raschstens dem lieben chinesischen Nachbarn zur Verfügung
zu stellen. Was ich einmal habe, das behalte ich. An diesem
Prinzip halten auch die kommunistischen Moskowiter fest.
Sie verdammen den Imperialismus bei den kapitalistischen
Staaten, bei England, Japan und Amerika. Aber der rote
Imperialismus? Ja, verehrter Chinese, das ist etwas ganz
anderes. Jenseits der großen Mauer hat man das aller-
dings nicht so recht begriffen. Als die englischen Schiffs-
geschäfte vor wenigen Jahren die chinesische Stadt Wankien
am Jangtse in Trümmer legten, weil die Chinesen die Eng-
länder ihrer Vorrechte in den chinesischen Handelsstädten be-
rauben wollten, da war außer den Chinesen keine Macht
entrüsteter als die Sowjetunion. Moskaus Seelinge eilten
damals durch das Reich der Mitte und forderten die aus-
gläubigen Chinesen auf, nur ja sich von dem kapitalistischen
Imperialismus nicht einschüchtern zu lassen. Die Fremden-
vorrechte müßten fallen! China den Chinesen! Schluß mit
der Ausbeuterpolitik fremder Staaten! Den Welken gefiel
die Melodie. Als aber die nationale Einigung vollzogen war,
empfanden die Chinesen zumeist wieder sehr unangenehm.
Das eine war die russische Propaganda für den Kommunismus
und das andere die Tatsache, daß jene Russen, die China
so wader gegen die imperialistischen Mächte aufgetastet
hatten, auf chinesischem Gebiete selbst eine sehr egoistische
Politik verfolgten. Die Chinesen konnten nicht verstehen, daß
zwischen dem russischen und dem englischen Imperialismus
ein Unterschied sei. Ganz im Gegenteil. Sie empfanden mit
der Zeit den roten Imperialismus als den weit unangeneh-
meren. Moskau hielt ja nicht nur eine Bahn von ungefähr
1900 Kilometer Schienenlänge in seinem Besitz. Auf dieser
Bahn gab es nicht nur Tausende von sowjetrussischen Be-
amten. Das unangenehmste war, daß sich diese Leute als
Sendsboten der kommunistischen Weltrevolution betrachteten.
Sie hatten ihr redliches Teil zu der Verschärfung des chine-
sischen Bürgerkrieges beigetragen. So war es kein Wunder,
daß die nationale Regierung in Mukden, die mit der Zen-
tralregierung in Kanton eng verbündet ist, die Zeit für sich
hielt, die unangenehmen Russen unter Berufung auf das rote
Evangelium aus dem Lande zu jagen. Weiderseits die nötige
Begleitmusik! Vertragsbruch schrien die Sowjets.
N o t w e h r behaupteten die Chinesen. Noten gingen hin und
her. An der mandschurischen Grenze versammelten sich rote
Armeekorps. Die ersten Geschäfte fanden statt. Krieg im
Frieden. Auf Kriegserklärungen verzichtet man ja in heuti-
gen pazifistischen Zeitaltern. Jeder möchte doch der un-
schuldig Ueberfallene bleiben. Trotz der Kämpfe gingen die
Verhandlungen weiter. Deutschland vermittelte. Der
„Dank“ blieb nicht aus. Sowjetrußland leistete sich eine in
der Geschichte der Diplomatie unerhörte Anrempelung
unserer Regierung, weil sie nicht verhindern konnte, daß die
Chinesen, durch den russischen Einmarsch nervös geworden,
alle Sowjetleute, deren sie habhaft werden konnte, hinter den
Stacheldraht der von den Engländern erfundenen Konzentra-
tionslager setzten. Der Prägelnabe Deutschland mußte da-
für zur Steigerung der Kriegsstimmung in Rußland seinen
geduldigen Rücken leihen. Unterdessen gingen die Reibereien
munter fort. Europa, durch seine eigenen Sorgen in An-
spruch genommen, achtete längst nicht mehr auf die Vorgänge
in Fern-Ost. Dafür arbeiteten die Russen ganz in der Stille,
aber um so intensiver. Sie isolierten die nordchinesische Re-
gierung durch ein höchst einfaches und oft bewährtes Mittel.
Tschiangkaifschek, der Führer der südchinesischen Regierung,
wurde durch einen Aufstand der Kwangsi-Gruppe sehr ernst
bedroht. Hinter den Kulissen stand niemand anders als
Moskau. Die versprochenen Hilfstruppen des Südens blieben

Abchiedsbesuche der Franzosen in Koblenz

Koblenz, 29. Nov. Der letzte noch anwesende französische
General Deligne hat heute dem Oberpräsidenten, dem Re-
gierungspräsidenten und dem Oberbürgermeister seinen Ab-
schiedsbesuch gemacht. Die französische Flagge wird auf
dem Ehrenbreitstein morgen mittag eingezogen. — Zum
ersten Male nach Jahren wird im Stadttheater wieder
Schillers „Wilhelm Tell“ gespielt werden, dessen
Aufführung die Rheinlandkommission in bekannter Eng-
berzigkeit verboten hatte. Sie findet nun folglich am Be-
freiungstage statt.

Obwohl Koblenz von französischen Truppen befreit sein
wird, steht bis heute noch nicht fest, ob auch die Rhein-
landordonnanzen der Interalliierten Rheinlandkom-
mission schon aufgehoben werden. Darüber dürfte erst am
Sonnabendvormittag die Entscheidung fallen. Falls die
Ordonnanzen nicht aufgehoben werden, dürfte die Gefahr be-
stehen, daß die Besatzungsmächte in der zweiten Zone am
Sonnabend noch nicht abgehoben werden können.

Rundgebung des Oberbürgermeisters von Koblenz

Berlin, 29. Nov. Der Oberbürgermeister von Koblenz
verabschiedete eine Rundgebung zum Befreiungstage, in der
es heißt:

„Der heiß ersehnte Tag der Freiheit ist endlich gekommen.
Der schwere seelische Druck der Unfreiheit, die Menge der Be-
schränkungen und Hemmnisse sind von uns genommen. Die
hinter uns liegende schwere Zeit wird zu allen Zeiten eine
geschichtliche Bedeutung haben. Die Einstellung der Stadt
Koblenz als Hauptstadt des besetzten Gebietes, die Haltung
ihrer Bürgerschaft zur Befreiung ist nicht nur in Deutschland,
sondern fraglos auch bei den Mächten des Gebietes, und
darüber hinaus in der ganzen Welt einer genauen Be-
obachtung unterzogen worden. Dessen waren sich auch die
Bürger bewußt. Ihre Forderung lautete: Mutig, selbst unter
Opfern, das Deutschtum bekennend, alle diejenigen Lügen zu
kräften, die Zweifel an der Echtheit unserer Vaterlands-
liebe hegen, zugleich aber auch ihre würdige und zurückhaltende
Friedfertigkeit gegenüber den Fremden zu betonen, das war
die große, durch kein noch so böses Ereignis unterbrochene
Tat.“